

M i s s t r a u e n s a n t r a g

60 Nein
28 Ja

der FPÖ - Gemeinderäte Anton Mahdalik, Armin Blind, Wolfgang Seidl und Mag. Günter Kasal gegen den Bürgermeister, Dr. Michael Ludwig, eingebracht in der Spezialdebatte Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte am 30.06.2020 zu Post 1 (gemeinsam mit Post 4: Jahresabschluss der Unternehmung „Stadt Wien- Wiener Wohnen“ für das Jahr 2019)

Die Verfehlungen der Stadtregierung unter der Ägide von Bürgermeister Ludwig haben ein schier unglaubliches Ausmaß angenommen. Die Folgen der Überheblichkeit und völlig an den Problemen vorbeigehenden Politik von SPÖ und Grünen manifestieren sich in Misswirtschaft, Rekord-Arbeitslosigkeit, Rekord-Schulden, Armut, illegaler Massenzuwanderung, dramatischer Kriminalitätsentwicklung, einem vor dem Kollaps stehenden Gesundheitssystem und vielen weiteren Entwicklungen, welche die Wienerinnen und Wiener ausbaden müssen.

Die Verantwortung dafür trägt Bürgermeister Dr. Michael Ludwig, welcher offenkundig die Kontrolle über weite Bereiche der Stadt verloren hat. Allein die „Willkommenpolitik“ kostet jährlich einen hohen dreistelligen Millionenbetrag. Darin noch gar nicht enthalten sind Kosten für die Bereiche Bildung, Sicherheit, Wohnen oder Gesundheit, die durch die - vor allem illegale - Massenzuwanderung entstehen.

Das Wiener Gesundheitssystem krankt seit vielen Jahren an allen Ecken und Enden. Nachhaltige und gesamthafte Lösungen bleibt die rot-grüne Stadtregierung schuldig. Die maßgeblichen Baustellen beinhalten unter anderem Wartezeiten in Ambulanzen oder auf Operationen, überfällige Sanierungsmaßnahmen in baufälligen KAV-Spitälern, Verschwendungsucht bei KAV-Beraterkosten, das weiterhin nicht funktionierende KH Nord sowie Intransparenz bei Wartelisten oder dem Spitalskonzept 2030. Das Festhalten an einem immer wieder unter Ausschluss der Öffentlichkeit evaluierten, adaptierten und teilweise verworfenen Konzeptes (Spitalskonzept 2030) kommt die Wiener Bevölkerung teuer zu stehen. Immer schlechtere Versorgung in den Wiener Spitälern, die Aufschiebung notwendiger Sanierungen bestehender

Krankenhäuser, offene bzw. fehlende Planstellen bei Ärzten und dem Pflegepersonal, lange Wartezeiten in Ambulanzen und auf Operationstermine oder die Umsetzung eines möglichen neuen Konzeptes bis 2040 sind nur einige Baustellen des Krankenanstaltenverbundes (KAV), über die medial berichtet wurde und die sich unter der derzeitigen Coronasituation weiter verschlimmert haben.

In Bezug auf COVID-19 und Flüchtlingsunterkünfte/Asylzentren in Wien gab es jede Menge negativer Schlagzeilen. Bürgermeister Ludwig hat es zu verantworten, dass es in den Wiener Asylquartieren nicht einmal- wie sich herausgestellt hat- korrekte Personallisten gibt. Zudem wurden Asylwerber aus Erdberg in das völlig ungeeignete und völlig entbehrliche Notfalls-Lazarett in der Messe verlegt und sind dort prompt zu Dutzenden geflüchtet, um unterzutauchen. Die Folgen waren unter anderem zahlreiche Folgeerkrankungen in den Logistikzentren der Post in Wien und Niederösterreich. In den Spitäler des Krankenanstaltenverbundes gab es zu wenig Schutzausrüstung für medizinisches Personal.

Die Arbeitslosigkeit in der Bundeshauptstadt ist mit 16,7 Prozent auf einem Allzeit-Hoch und weist damit die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer auf. Durch die Streichung von Förderungen zum Ankurbeln der Wirtschaft und den Anstieg der Gebühren wird Wien für Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, immer unattraktiver. Bürger verarmen, werden zu Bittstellern, die Kaufkraft sinkt.

Ein verfassungswidriges Wiener Mindestsicherungsgesetz führt unter anderem dazu, dass strenge Sanktionierung bei Verletzung von Integrationspflichten und Sprachkursen fehlt, subsidiär Schutzberechtigte widerrechtlich Mindestsicherung beziehen, Bedürftige hingegen keine Mindestsicherung bekommen, weil sie noch Wohnvermögen zum eigenen Gebrauch besitzen oder das Fehlen eines wirksamen Kontrollsystems, welches wie im Grundsatzgesetz vorgesehen, die Behörde anleitet, Sozialmissbrauch künftig präventiv zu verhindern und diesen abzustellen.

Über 10.000 Menschen warten auf eine Gemeindewohnung, werden von Bürgermeister Ludwig vor den Kopf gestoßen, der vollmundig die Errichtung tausender Gemeindebauwohnungen verspricht. Die SPÖ hat es über Jahrzehnte verabsäumt, Wohnraum zu schaffen, wenigstens 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr, davon 5.000

Gemeindewohnungen, müssten errichtet werden, um der Nachfrage gerecht zu werden. Die Wohnbauförderung wurde gekürzt. Gemeinsam mit den explodierenden Gebühren (Wasser, Müll, Kanal, Strom und Gas) sind das die Preistreiber am Wiener Wohnungsmarkt.

Ein Gutteil der Einsparung wird nicht bei den Führungskadern vorgenommen, sondern wie in weiten Teilen des Magistrates durch beinharten Personalabbau und Einsparungen bei den Bediensteten. Auch die Gehälter werden weit unter der tatsächlichen Inflationsrate angepasst. Belastungen werden valorisiert, Unterstützungsleistungen für die an oder unter der Armutsschwelle befindlichen Mitbürger schrumpfen von Jahr zu Jahr. Während die SPÖ vordergründig von sozialem Wohnbau spricht, versickert das dafür dringend benötigte Geld im Hintergrund in mannigfaltigen Budgetpositionen wie dem Krankenhaus Nord. Dieses sozialpolitisch so wichtige Kapital darf nicht mehr länger zur Spielmasse einer gescheiterten rot-grünen Budgetpolitik degradiert werden. Es ist transparent für leistbares Wohnen im Sinne der Menschen einzusetzen und die Versorgung der Wiener mit leistungbarem Wohnraum zu gewährleisten.

Die gescheiterte Integrationspolitik, die in der Amtszeit von Bürgermeister Ludwig weiter fortgesetzt wird, hat dazu geführt, dass es an Wiens Schulen fast 230.000 Schüler aus 168 Nationen gibt. Der Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache ist bereits größer als 50 Prozent. Oftmals sitzt in den Klassen sogar nur ein Kind, das Deutsch kann. Besonders im Steigen begriffen sind Schüler muslimischen Glaubens.

Die zunehmende Islamisierung, die auch durch Unterstützung aus dem islamischen Ausland gefördert wird, führt zu unhaltbaren Situationen wie Bilder aus Moscheen, die Kinder beim Gruß der national-religiösen „Grauen Wölfe“ zeigen. Medien berichten von Kriegsspielen in türkischen Moscheen. In der Studie des Islamforschers E. Aslan wird eindringlich von der religiös-politischen Isolation von Kindern in islamischen Kindergärten Wiens gewarnt und nun offenbaren sich in Wiens Schulen islamistische Tendenzen und Haltungen, die der laizistisch freiheitlich demokratischen Grundordnung widersprechen. SPÖ und Grüne ignorieren die Ernsthaftigkeit der Entwicklung und identifizieren diese als Einzelfälle, übersehen allerdings dabei, wie

weit sich der politische Islam bei uns schon eingenistet hat. Offenkundig wurde mit der Politik des Laufenlassens, des Wegschauens und des geduldeten Missbrauchs unserer demokratischen Toleranz dem Verbreiten und Verfestigen einer Parallelgesellschaft Tür und Tor geöffnet.

Der Integration wird dadurch nicht geholfen. Ein Buch einer Lehrerin aus Wien gibt tiefe Einblicke in den Schulalltag, der zunehmend außer Kontrolle gerät. Kulturkämpfe, Gewalt, Islamisierung, geschenkte Noten und von oben zurück gehaltene Lehrer, die vor der Bildungsverweigerung der multikulturellen Schülerschaft zur Kapitulation gezwungen werden, sind das Ergebnis. Hier wächst „eine verlorene Generation heran.“ „Viele Kinder in der Neuen Mittelschule haben keine Ahnung von der deutschen Sprache, beherrschen auch ihre Muttersprache nicht. Es gibt Streit unter Nationalitäten, der Islam spielt dabei eine wesentliche Rolle. „Immer öfter stimmen islamische Schüler Ehrenmorden zu oder haben Verständnis für islamistischen Terror. Islamistische Tendenzen und Haltungen nehmen überhand, der demokratische Grundkonsens gerät in Gefahr. Gleichzeitig nimmt die Integrationswilligkeit muslimischer Schüler an österreichischen Schulen ab. Selbst ernannte Kleidungspolizisten achten an den Schulen darauf, dass sich muslimische Mädchen islamisch korrekt kleiden. Wien unternehme aus falsch verstandener Toleranz nichts oder zu wenig gegen demokratiegefährdende Missstände. Mittlerweile ist dieses Problem so außer Kontrolle geraten, dass „Runde Tische“, Netzwerke gegen Radikalisierung, Regelbücher oder Schulsozialarbeiter keine Wirkung mehr zeigen. Die schleichende Islamisierung in Wiens Klassenzimmern ist bereits keine stille und heimliche, sondern eine mit Pauken und Trompeten vonstattengehende.“

Die jüngsten Ausschreitungen in Wien-Favoriten zwischen Grauen Wölfen und Kurden sind die Folgen dieser verfehlten Integrationspolitik und belegen drastisch wie dramatisch die gescheiterte Zuwanderungspolitik der Wiener SPÖ und ihres Bürgermeisters zu Parallel- und Gegengesellschaften führt. Ein Gutteil der Demonstranten steht im Dienste Erdogans bzw. der PKK und macht Wien zum Anziehungspunkt ausländischer Extremisten. Der Einfluss des türkischen Machthabers reicht tief nach Europa und auch nach Österreich. Mehrere Dachverbände stehen unter dringendem Verdacht, Finanzierungen durch die türkische Regierungspartei AKP zu erhalten und Parteiinteressen in der türkischen

Community in Österreich zu vertreten. Die türkische Regierung unterhält mit Atib und der Islamischen Föderation gleich zwei Zweigorganisationen. Aus diesen Organisationen, die eine große Zahl an Moscheen betreiben, setzt auch eine Partei der Stadtregierung bei nahezu jeder Wahl Kandidaten auf ihre Parteiliste, um die Stimmen der türkischen AKP-Community einzusammeln. Mit Erfolg: Die Vorzugsstimmenwahlergebnisse beweisen, dass jene Kandidaten mehrere tausend Vorzugsstimmen für diese Partei einsammeln.

Trauriger Höhepunkt war eine „Gedenkveranstaltung“ des Dachverbandes ATIB (der neben Moscheen auch zumindest einen Kindergarten in Wien betreibt) im Jahr 2018, bei der Kinder in Militäruniformen den Soldatentod für den türkischen Staat nachstellen und glorifizieren mussten. Trotz zahlreicher Aufrufe, Förderungen für AKP-nahe Organisationen einzustellen, blieb die Stadt Wien bis dato völlig untätig.

In Wien kommt es neben zahlreichen Radikalisierungen in islamischen Vereinen in beängstigender Regelmäßigkeit zu Islam-Einzelfällen. Erst kürzlich wurde bekannt, dass eine nicht unwesentliche Anzahl an Mitarbeitern der Wiener Linien in den Räumlichkeiten ihres Arbeitgebers eine „Feier“ veranstaltet haben und aus dieser Feier ganz ungeniert per Livevideo verbotene Symbole wie etwa den „Wolfsgruß“ der faschistischen Grauen Wölfe öffentlich zur Schau gestellt haben. Auch die Symbolik der erzfundamentalistischen Muslimbruderschaft wurde gezeigt.

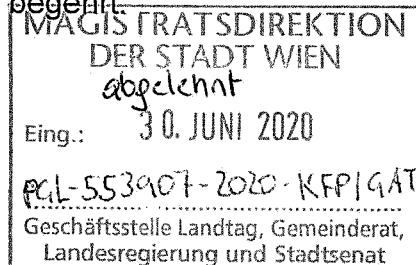
Dass es sich dabei um keine Einzelfälle handelt, beweist, dass bereits in der Vergangenheit verschiedene politisch-radikale oder fundamentalistisch-islamische Gruppen in Wien auffällig wurden: So marschierte die international als Terrororganisation anerkannte PKK bei einer Veranstaltung einer Wiener Regierungspartei auf. Und bei der Kurden Demonstration in Favoriten vor wenigen Tagen, bei der es im Umfeld zu tumultartigen Auseinandersetzungen mit türkischen Nationalisten kam, wurde auch die Stellvertreterin des Bürgermeisters gesehen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 40a der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

M i s s t r a u e n s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat möge durch ausdrückliche Entschließung dem Bürgermeister, Dr. Michael Ludwig, das Vertrauen versagen.

In formeller Hinsicht wird die namentliche Abstimmung gemäß § 28 Abs. 1a der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien begehrte.



Anton Mahdalik

Veronika Matiasek

Dr. Wolfgang Aigner

Nikolaus Amhof

Stefan Berger

Armin Blind

Nemanja Damjanovic, BA

Mag. Gerald Ebinger

Michael Eischer

Lisa Frühmesser

Georg Fürnkranz

Mag. Udo Guggenbichler, MSc

Gerhard Haslinger

Mag. Martin Hobek

Manfred Hofbauer, MAS

Wolfgang Irschik

Mag. Günter Kasal

Dr. Günter Koderhold

Leo Kohlbauer

Mag. Dietbert Kowarik

Michael Niegl

Mag. (FH) Alexander Pawkowicz

Roman Schmid

Elisabeth Schmidt

Georg Schuster

Angela Schütz

Wolfgang Seidl

Rudolf Stark

Michael Stumpf, BA

Christian Unger

Mag. Dr. Alfred Wansch